Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843
1841

354 (23.12.1841)

Visual Library

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Abendblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnirungspreis beträgt 6 fl., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Spedizionsgebühren kommen. Man abonnirt in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (G. Braunsche Hofbuchhandlung), für auswärts bei den betreffenden Postämtern.

Nr. 354.

Oberdeutsche Zeitung.

Die großherzogliche Oberpostamts-Zeitungsexpedition Karlsruhe hat die Hauptexpedition übernommen. Für Frankreich abonnirt man bei Herrn Alexander, Brandgasse Nr. 28., in Straßburg. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum einer dreispaltigen Petitzeile mit 3 kr. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 kr.) berechnet.

Karlsruhe. Donnerstag, 25. Dezember 1841.

Deutschland.

Der Hamburger Korrespondent, welcher es in neuster Zeit scharf darauf abgesehen hat, dem deutschen Zollverein keine Erweiterung mehr zukommen zu lassen, schreibt aus Frankfurt, „aus so ziemlich zuverlässiger Quelle", daß Alles Das, was über Oesterreichs Anschluß an den deutschen Zollverein geschrieben werde, für „mindestens sehr voreilig" zu erklären, und die „vielen Artikel", womit die deutschen Blätter in dieser Beziehung „überschwemmt seyn werden", Fabrikarbeit seyen.

Daß eine Frage, wie die des Anschlusses von Oesterreich an den Zollverein, nicht Hals über Kopf zur Entscheidung gelangen wird, begreift sich von selbst; nicht aber in gleicher Klarheit, wie man Artikel, welche erst erscheinen werden, schon zum voraus als „Fabrikarbeit" stempeln könne. Was jedoch die „so ziemliche Zuverlässigkeit" anbelangt, so braucht man nur einige wenige Bewanderung in den betreffenden Verhältnissen zu haben, um sich sagen zu können, welches Gewicht auf eine Negation jener Annäherung zu legen sey, während das Journal de Francfort Artikel bringt, wie der nachstehende:

Die französischen und englischen Blätter — sagt das Journal de Francfort vom 17. Dezember — vermögen sich noch immer nicht von der Vorstellung zu trennen, als ob die Angelegenheiten des deutschen Zollvereins und insbesondere die luxemburgische Frage speziell ein preußisches Interesse beträfen.

Wir glauben mehr als einmal nachgewiesen zu haben, daß der Zollverein ganz und gar ein deutsches Interesse in sich schließt, und die Meinung, zu welcher wir uns bekennen, ist auch die Ansicht Oesterreichs, obwohl dieser Staat dem Verein noch nicht selber beigetreten ist.

Wenn wir uns auf diese Thatsache zurückbeziehen, so geschieht es, um die auswärtigen Blätter, welche sich nun einmal in den Kopf gesetzt haben, den Zollverein für einen Gegenstand der Eifersucht oder Nebenbuhlerschaft zwischen Oesterreich und Preußen ansehen zu wollen, eines Bessern zu belehren.

Von 1273 an bis auf den heutigen Tag hat das Haus Habsburg immerdar und unausgesetzt die Nationalinteressen als den leitenden Gedanken seiner Politik festgehalten und demgemäß gehandelt. Indem es diesem Ziel nachstrebte, entfernte es sich auch nicht einen Augenblick von der strenggezogenen Linie des Rechtes, und so ist der Beiname des „leibhaften Gesetzes", welchen Deutschland seinem Rudolph von Habsburg beilegte, gleichsam als Erbtheil auf das Haus Oesterreich übertragen worden.

Der Gründung eines Vereins, welcher sich die Förderung der Nationalinteressen in materieller Beziehung zur Aufgabe gemacht hat, konnten die Sympathien Oesterreichs solchergestalt nicht ausbleiben. Das österreichische Kaiserhaus, das die Interessen Deutschlands oftmals über die seiner Erbstaaten gestellt, und mancherlei Verluste verschmerzt hat, welche nicht sowohl von dem Recht als von der Gewalt ausgingen, kann nicht mißgünstigen Blickes auf ein Unternehmen schauen, das ganz und gar auf das Recht und die Nationalität gebaut ist, und für Oesterreich nichts Beeinträchtigendes hat.

Aber wir gehen noch weiter, und behaupten, daß Oesterreich der Ausbildung und Befestigung des Zollvereins das höchste Interesse zuwendet, und daß Oesterreich, so wie es in Betreff der kirchlichen Irrungen, welche in der jüngsten Zeit Deutschland bewegten, seine Vermittlung darbot, so in gleichem Sinne nicht anstehen wird, dem Zollverein seine Hand zu reichen und ihm mit seiner Macht zur Seite zu stehn.

Allein der Eintritt Oesterreichs in den Zollverein erfordert Ueberlegung und Zeit.

Die Geschichte beweist, daß das Haus Habsburg niemals seine nicht-deutschen Staaten als die Richtschnur seiner Politik aufgefaßt hat. Auch Italien, wohin einst die deutschen Kaiser wie durch einen unwiderstehlichen Drang gezogen wurden, und wohin selbst die Hohenstaufen die Nationalkraft vergeudeten, auch Italien ist für das Haus Habsburg nur ein Boden, auf dem es deutschen Geist und deutsche Gesittung fortzupflanzen sucht. Die Prüfung der beiderseitigen Interessen jedoch ist eine Pflicht für die österreichischen Staatsmänner, und wenn deutsche Blätter gern über Nacht ein Werk fertig sehen möchten, an dem man seit Jahren arbeitet, und das durch die letzte Reise Sr. Durchl. des Fürsten-Staatskanzlers einen neuen Impuls bekommen hat, so wird der mit den praktischen Schwierigkeiten bekannte Publizist nicht ermangeln, den deutschen Erblanden des Kaiserstaates die erforderliche Zeitfrist zuzugestehen, um ihren Eintritt in den Zollverein zu bewerkstelligen.

Die Presse faßt dieses Ereigniß mehr von dem Gesichtspunkte der geistigen Bedeutung auf; die österreichischen Staatsmänner ihrerseits müssen auch die materiellen Interessen zu Rathe ziehn.

Nichtsdestoweniger ist einleuchtend, daß die deutschen Provinzen der österreichischen Erbstaaten in materieller Beziehung nur zu gewinnen haben, wenn sie dem Zollverein einverleibt werden. Wir verweisen zur Begründung dieses Satzes nur auf die Industrie Böhmens und die Fabriken, womit dieses Königreich in seinem ganzen Umfang bedeckt ist. Wenn seine Manufakturen von Leinwand, Batist, Schleiern, Spitzen ꝛc. mehr als die Hälfte des Erzeugnisses nach dem Ausland absetzen, und das böhmische Glas das beste in Europa ist, so läßt sich leicht annehmen, daß der Beitritt zum Zollverein der böhmischen Industrie einen weiteren Aufschwung geben wird.

Es würde zu weit führen, hier die ganze Industriefülle der österreichischen Provinzen, welche zum Deutschen Bund gehören, mustern zu wollen; wir begnügen uns, zu bemerken, daß das jährliche Gesammterzeugniß der Manufakturen und Fabriken des Kaiserstaates einen Werth von 1425 Millionen Gulden Konventionsmünze ausmacht, und daß ein bedeutender Theil davon auf die deutschen Provinzen kommt.

Es ist demnach außer Zweifel, daß die nationalen und die materiellen Interessen Oesterreichs zusammentreffen, um seinem Eintritt in den Zollverein günstige Aussichten zu stellen. In der Zwischenzeit, bis der geeignete Zeitpunkt zu dessen Verwirklichung da ist, wird Oesterreich gleich jedem andern deutschen Staat den Zollverein als eine Nationalangelegenheit betrachten; — als eine alles Kleinliche in der Politik überragende Schöpfung, welche die Handelsverhältnisse sämmtlicher deutschen Staaten der durch Politik oder Geschichte aufgerichteten Schranken entledigen soll; — als eine Schöpfung endlich, welche vor allen Dingen den Beruf hat, Deutschland vor den selbstsüchtigen Einflüssen des Auslandes sicher zu stellen.

(Aachener Zeitung.) Die englischen Stimmen werden immer lauter gegen Deutschland; die Farbe ihrer Reden wird immer dunkler vor Zorn und Haß. Dies ist eine ganz neue Erscheinung für uns, über die wir uns nur aufrichtig freuen können. Früher ward unser Vaterland nur obenhin erwähnt, als von dem es sich selbst verstehe, daß es, wie jede andere Kolonie, dem Willen des seebeherrschenden Britanniens folge, daß es der Markt seiner Waaren, der Schauplatz seiner Kämpfe sey. Der Engländer brauchte

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nicht deutsch zu lernen, denn wir sprachen englisch. Seit aber das Wort Zollverein sich auch der englischen Sprache aufgedrängt hat, fangen wir an, deutsch zu sprechen, und es ist natürlich, daß sie jenseits des Kanals sich ärgern, eine neue Sprache lernen zu müssen, und zwar um so mehr, als sie auch politisch uns nicht entbehren können, und es alten Lehrern immer sauer wird, gegen großgewordene Schüler in den rechten Ton der Konvenienz überzugehen. Zorn und Haß aber ist besser, als Mangel an Berücksichtigung, wenn dieser auch den Schein von Freundlichkeit annimmt. Den Unbedeutenden, Machtlosen verachtet man; nur dem Starken zürnt man, oder haßt ihn. Geringschätzung gegen Jemanden legt man nicht ab, ob er uns schmeichelt oder uns schmäht. Zorn aber, weil oft nur eine Aufwallung unserer Eigenliebe, kann in Achtung, Haß, weil oft nur eine Gährung unserer Eigensucht, sich in Liebe verwandeln. Wenn man Den, welchen man achtet, nicht mehr allein zu seinen eigenen Zwecken leiten kann, und derselbe die ihm zukommende Stellung einzunehmen entschlossen ist, so bleibt Nichts übrig, als diese anzuerkennen und sich auf gleichen Fuß mit ihm zu stellen. Dies wird und muß hier erfolgen, um so schneller, je mehr der Zollverein im Stande ist und den Willen zeigt, mit Energie aufzutreten. Bis dahin werden allerdings alle natürlichen Gegner unseres merkantilischen Wachsthums, wie unserer politischen Bedeutung, Alles aufbieten, die weitere Entwicklung zu hemmen.

(Fränkischer Merkur.) Die Handelsverhältnisse zwischen Deutschland und Holland sind in der neusten Zeit von der deutschen Presse so gründlich erörtert, und derart mit mathematischen Beweisen belegt worden, daß wohl Niemand in Deutschland die Behauptung zu bestreiten wagt, daß die Holländer seit vielen Jahren ungeheure Vortheile von uns zogen, die sie in den Stand setzten, ihre Kolonialproduktion ums hundertfache zu vermehren, und in dem ursprünglich aus einer Reihe von Sümpfen bestehenden Land einen Reichthum und Wohlstand zu begründen, der sich durch alle Klassen bemerklich macht. Holland streicht jährlich viele Millionen baaren Gewinn von Deutschland ein. Anstatt aber diesen guten Kunden durch Konzessionen an sich zu fesseln, hat es ihm vielmehr mit übermüthigem Trotz alle freie Bewegung abzuschneiden gesucht. So mußten diesem, nachdem er lange genug das Joch getragen, doch endlich die Augen aufgehen. Er fängt nun an, nachzurechnen, und will wissen, was er für Das, was er hingibt, empfängt. Dies ist natürlich den Holländern nicht recht, und man darf sich nicht wundern, wenn sie jetzt in der altgewohnten Weise gegen uns in die Schranken treten. So enthält das Amsterdamer „Handelsblad" einen äußerst übermüthigen, höhnischen Artikel gegen Deutschland, den wir wegen seines seichten Räsonnements füglich mit Stillschweigen übergehen könnten, wenn hier Schweigen nicht sogleich als Zugeständniß genommen würde. Dieser Artikel sucht darzuthun, daß die Frage über die freie Rhein-Schifffahrt lediglich eine Erfindung der sogenannten Runkelrüben-Blätter sey, die diese nur vorgeschoben, um ihre Zwecke, die Einführung von Prohibitivzöllen, zu erreichen. Darauf können wir gelassen erwiedern: Das ist eine grobe, unverschämte Lüge! Die Klagen Deutschlands über die willkührliche Sperrung des Rheins und die Behinderung seiner Schifffahrt durch die Holländer sind mehr als zweihundert Jahre alt. Von jener Zeit her, als Holland den Rhein allen Seeschiffen fremder Nationen schloß, datirt sich der Verfall des deutschen Rheinhandels und namentlich der früher so schwunghaften Ausfuhr rheinischer und fränkischer Weine. Doch wir brauchen nicht so weit zurückzugehen; wir dürfen nur auf die Verhandlungen der Mainzer Zentralkommission hinweisen, die Holland durch seine Intriguen und nichtigen Vorwände, sich den Bestimmungen des Pariser Friedensvertrags, der es zum Königreich erhoben, und des Wiener Kongresses zu entziehen, sechzehn volle Jahre hinauszuziehen wußte. Wir erinnern nur an die famöse Auslegung des jusqu' à la mer, wodurch allein mehrere Jahre in nutzlosen Verhandlungen vergeudet wurden, und an den Versuch, die Waal, den wasserreichsten Rheinarm, für eine Fortsetzung der Maas zu erklären. Nicht über die droits fixes beklagen wir uns, diese sind durch den Vertrag von 1831 festgesetzt, sondern über die Art und Weise, wie Holland die Bestimmungen dieses Vertrags zu umgehen und zu vereiteln sucht, über die zahllosen Plackereien, die es der deutschen Schifffahrt in den Weg legt, über die schlechte Beschaffenheit der Leinpfade, die es, den Bestimmungen jenes Vertrags entgegen, absichtlich vernachlässigt, weil seine Schiffe vermöge ihrer Bauart derselben nicht bedürfen, über den Uebermuth, mit dem man uns jeden Augenblick vorrückt, daß es eine Gnade sey, wenn man deutsche Schiffe in Holland zulasse, daß man die Abgaben erhöhen werde ꝛc. und endlich über den faktischen Bruch jener Konvention, durch Ausschließung der Kölner Dampf-Schlepp-Schifffahrts-Gesellschaft von der holländischen Stromstrecke. Erst als sich in ganz Deutschland die lebhafteste Entrüstung über diese neue Ungerechtigkeit aussprach, war man so großmüthig, der Gesellschaft eine Konzession zu ertheilen, deren sie eben so wenig bedarf, als die holländischen Schiffe, wenn sie den deutschen Rhein befahren wollen, eine solche nöthig haben. — Das „Handelsblad" spottet über den deutschen Nationalgeist, von dem man noch keine Beweise gesehen habe. Jeder Staat verfolge seine Sonderinteressen, Baden, Hessen, und Rheinbayern würden sich ehrlicher Weise nicht für die Kölner Lokalinteressen in die Bresche stellen. Dies ist eine freche Verleumdung, darauf berechnet, Eifersucht und Zwiespalt hervorzurufen; eine jener oft geübten Künste, die sich sonst so wirksam erwiesen, heutzutage aber alle Kraft verloren haben. Es wäre hier überflüssig, zu beweisen, daß es in Deutschland einen Nationalgeist gibt, der dem Ausland gegenüber nur ein Interesse, das des gesammten Vaterlandes kennt. Dem übermüthigen Holland dürfte Dies bald auf eine fühlbare Weise begreiflich gemacht werden.

*** **Wien,** 17. Dez. Es sind wieder mehrere namhafte Legitimisten aus Frankreich eingetroffen, um dem Herzog von Bordeaux, den seine Krankheit noch immer ans Zimmer fesselt, ihren Besuch abzustatten. — Der Graf v. Moratella besucht das Haus des französischen Gesandten, Grafen Flahault, und wird den Fasching über hier verweilen. — Seit einigen Tagen wurde hier im Publikum behauptet, der flüchtige Bankier Geymüller sey in Frankreich von einem seiner Gläubiger erschossen worden. Die Sage machte Aufsehen; zuletzt stellte sich heraus, daß sie aus der Luft gegriffen war. — Die Auffahrt des neuen englischen Botschafters bei Hof war nicht besonders glänzend. Er fuhr blos in zwei Wagen vor. — Man sagt, daß die Konferenzen des Fürsten Metternich mit Sir Robert Gordon und Sir Stratford Canning in Betreff der obschwebenden Fragen wegen des Orients und Griechenland eine vollkommene Uebereinstimmung der beiden Kabinette herausgestellt haben. Die Politik der Tories ist nicht die der Lords Palmerston und Ponsonby. — Von europäischen Konferenzen über die spanische Frage ist nun endlich auch in den französischen Blättern keine Rede mehr. Einer französischen Intervention in Spanien würden Whigs und Tories in gleicher Weise abhold seyn.

⊙ **Berlin,** 17. Dez. Daß Graf Alvensleben sich aus dem Staatsdienst zurückzieht, scheint nunmehr entschieden. Man sprach von Anträgen, um den Grafen in einer andern Stellung für den Staat zu erhalten, was jedoch abgelehnt worden seyn soll. Auch Hr. v. Kamptz wird nach einundfünfzigjähriger Dienstzeit den letzten Theil seiner Wirksamkeit, die Leitung der Gesetz-Revisionskommission, anderen Händen übergeben. Wer sein Nachfolger seyn werde, darüber ist noch Nichts bekannt; man nennt jedoch den Geheimenrath v. Savigny.

Aus Schlesien, 16. Dez. Was man dieser Zeitung (der Leipziger Allgemeinen) aus Ratibor geschrieben, nämlich, daß ein aus einem fremden Lande nach Schlesien gezogener Dominialbesitzer wegen angeblich zu strenger Ausübung seiner polizeilichen Gewalt auf ein Gutachten des Medizinalkollegiums zu Breslau hin von dem betreffenden Ober-Landesgerichte zu sechsjähriger Beraubung seiner persönlichen Freiheit verurtheilt worden, bedarf in mehrfacher Rücksicht einer ernsten Betrachtung, obwohl selbst die angeführten Thatsachen, z. B. die Schläge auf die Fußsohlen, welche die beregten Verhafteten erhalten haben, und die lange Dauer ihrer polizeilichen Haft jeden mit den preußischen Gesetzen Bekannten nicht eben dazu gestimmt haben werden, die Wahrheit jenes Berichts ohne weiters gläubig anzunehmen. Die Sache verhält sich, wie wir aus sicherster Quelle vernehmen, und, um der Wahrheit den Sieg zu verschaffen, hier öffentlich aussprechen wollen, folgendermaßen: Der aus dem Auslande nach Schlesien eingewanderte L. St. zu P. zog die beregten Individuen wegen entfernten Verdachts des Diebstahls gefänglich ein, legte sie in unterirdische ungesunde Gemächer, beschränkte sie aufs äußerste in der Kost, ließ sie binden, an den Gliedmaßen knebeln, und dann auf die Fußsohlen prügeln, und mit dem Kautschuh schlagen.

Wenn nun selbst der angeführte Korrespondent zugibt, daß die präsumtiven Verbrecher „mit dünnen Stäbchen auf die Fußsohlen" geschlagen worden wären, so wird jeder urtheilsfähige Menschenfreund sich leicht überzeugen, daß die Unglücklichen einer Behandlung unterworfen worden sind, wie man sie bei den Türken anwendet. Kann man die bisher beschriebene Behandlung jener Detinirten eine türkische nennen, so weiß man nicht, wie man diejenige, welche darauf folgte, nennen soll. Nachdem nämlich die Verhafteten gegen die ausdrücklichen Bestimmungen der preußischen Gesetze lange Zeit in dem vorher beschriebenen Kerker zurückgehalten worden waren, und das türkische Inquisitionsverfahren sie nicht zum Geständnisse gebracht hatte, so wurden sie endlich (in welcher körperlichen Beschaffenheit, Das läßt sich nach den vorhergegangenen Mißhandlungen leicht erachten) an einem der kältesten Wintertage zu Fuß und leicht bekleidet von P. nach dem Inquisitoriatsgefängnisse zu C. abgeführt, wo der eine dieser Leute in kurzer Zeit, der andere nach etwa acht Tagen starb. Nun hatten zwar die nächsten Medizinalbeamten über die Obduktion der Verhafteten und über ihre ärztliche Behandlung einen Bericht erstattet, welcher den Verdacht eines zu strengen Verfahrens von dem Dominium, welches dasselbe verfügt hatte, abzuwälzen suchte. Da aber die Thatsachen stärker sprachen, als die Worte und Gründe dieses Berichts, so fand sich das betreffende Ober-Landesgericht bewogen, die Akten dem Medizinalkollegium zu Breslau zur Abgabe eines Gutachtens einzusenden. Dieser Schritt war unstreitig der geeignetste, um Licht über den vorliegenden Fall zu verbreiten. Die letztere Behörde besteht aus Männern, welche eben so wohl durch ihre wissenschaftlichen Kenntnisse und durch ihre Erfahrung, als durch ihre Rechtlichkeit in der ganzen Provinz allgemein bekannt sind. Ueberdies berathschlagen und entscheiden sie unter dem Vorsitz unseres hochberühmten und geehrten Oberpräsidenten Dr. v. Merckel, der bei seinen ausgebreiteten Geschäfts- und Rechtskenntnissen diesen außerordentlichen Fall auch von der rechtlichen Seite richtig aufzufassen besonders geeignet war. Wie fiel nun nach der genauesten, auf Grund der Akten angestellten Untersuchung das Gutachten aus, welches diese Männer abgaben? Sie konnten der Ansicht der zuerst berichtenden Medizinalbeamten nicht beitreten, und die Schlußfolgerungen, welche diese aus der Obduktion und den Krankheitssymptomen gezogen, nicht für richtig annehmen. Sie mußten vielmehr die Sache so ansehen, wie sie jeder unserer Leser, der gesunde Urtheilskraft besitzt, für Menschlichkeit noch Sinn hat, und diese selbst an den überwiesenen Verbrechern (die in der Haft Gestorbenen sind theils pure, theils ab instantia freigesprochen worden) zu achten weiß, auch ohne Arzt zu seyn, ansehen muß, nämlich als einen grausamen Angriff auf die Gesundheit, folglich auf das Leben der Verhafteten, in dessen Gefolge ihr Tod eintrat. Auf dieses Gutachten allerdings, aber auch nach Berücksichtigung der Thatsachen und der darüber sprechenden Gesetze entschied der betreffende Kriminalsenat, daß der angeklagte Dominialbesitzer zu sechsjähriger Beraubung seiner persönlichen Freiheit zu verurtheilen sey: eine Strafe, welche gewiß Niemand als zu hart oder als ungerecht bezeichnen kann, und deren Gerechtigkeit auch der Anwalt des Verurtheilten anzugreifen sich nicht getraut haben muß, da ihm ja sonst der Rekurs nach Berlin, besonders an die dortige oberste Medizinalbehörde, offen gestanden hätte. In welchem Urbarium kann es endlich, wie angegeben worden, enthalten seyn, daß ein Gutsbesitzer seine Hofgärtner in den Pflug zu spannen berechtigt sey? Nie hat ein Urbarium im preußischen Staat eine solche Versündigung an der Menschheit konfirmirt; im Gegentheil sind die Urbarien dazu errichtet, um Rechte und Verpflichtungen gegenseitig abzuwägen und Mißbrauch der Gewalt und Willkühr zu verhindern; sie haben den Werth der Landesgesetze erhalten und die Konfirmation der administrativen wie der legislativen Behörden, und nie hat eine preußische Behörde ein Verhältniß bestätigt, welches die Menschenrechte verletzte und den Menschen dem Thiere gleichstellte. Die Gerechtsame und die Polizeigewalt der Gutsherren sind durch das Gesetz in bestimmte Gränzen gewiesen, die Polizei-Distriktskommissäre sind überall in Schlesien eingeführt, das Gesetz geht durch die Kreisbehörden, Landräthe ꝛc. Hand in Hand vermittelnd mit den persönlichen Gerechtsamen, folglich müssen auch jene letzten Bemerkungen des Ratiborer Korrespondenten in Nichts zerfallen. (L. A. Z.)

Aus Franken, 18. Dez. Die Aufklärung, welche Heinrich Pütter über die Ausfuhr von eichenem Schiffs-Bauholz nach Holland gegeben, hat hier allenthalben das größte Interesse erregt. Von 15—16000 Stämmen, welche vom Main jährlich in den Rhein und auf diesem nach Holland verführt werden, kommt ein sehr großer Theil aus den oberfränkischen Wäldern. Viele Stämme werden von Spekulanten oder Unterhändlern, die deßhalb eigens aus Holland hieher kommen, in den Wäldern selbst ausgelesen und aufgekauft. Da man bisher zu wenig wußte, welch hohen Werth dieses Material für unsere zähen Nachbarn hat, so kamen sie verhältnißmäßig sehr billig dazu. Jetzt wird es aber anders werden; man wird künftig nicht allein den reellen, sondern auch den relativen Werth dieses kostbaren Produkts in Anschlag bringen. Da die Holländer bei Lieferungen auf Spekulation für das eingeführte Schiffs-Bauholz es in ihrer Willkühr haben, die Preise zu stellen, weil dem Flößer keine andere Wahl bleibt, als zu verkaufen, so sollen sich mehrere unserer bedeutenden Holzhändler entschlossen haben, keine Stämme mehr auf Spekulation, sondern nur auf feste Bestellung nach Holland zu versenden. Bei den von Jahr zu Jahr steigenden Holzpreisen wäre es ohnehin wünschenswerth, wenn die Ausfuhr einigermaßen beschränkt würde, bis die während der letzten 30 Jahre eingetretene Erschöpfung der Wälder, die Holland ungeheure Massen Holzes zu Spottpreisen lieferten, durch neuen Nachwuchs wenigstens theilweise gehoben ist. (Fränk. M.)

= **Von der obern Donau,** 20. Dez. Im vergangenen Frühjahr faßte bekanntlich die Generalversammlung der bayrisch-würtembergischen Donau-Dampf-Schifffahrts-Gesellschaft den Beschluß, die Befahrung der obern Donau, nämlich zwischen Regensburg und Ulm, einem Filialverein zu übertragen, der sich in Ulm bereits provisorisch konstituirt hatte. Da sich von allen Seiten eine rege Theilnahme für das patriotische Unternehmen bethätigte, so schien es keinem Zweifel mehr zu unterliegen, daß dasselbe im nächstkommenden Jahre sofort ins Leben treten werde. Die würtembergische Regierung ihrerseits hatte die nachgesuchte Konzession ertheilt, und man sah derselben Gewährung von Seiten Bayerns entgegen. Die erwartete Resolution ist jedoch, wie man vernimmt, nunmehr in entgegengesetztem Sinne ergangen, und das Gesuch abgewiesen. Es bleibt zu hoffen, daß nach Aufklärung der Motive die Sache vielleicht in einer andern Wendung glücklicher angefaßt werden kann, da es in der That schade seyn würde, eine Stromstrecke öde zu lassen, welche für den Handel und Verkehr von so hoher Wichtigkeit ist.

Stuttgart, 21. Dez. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde ein Reskript des k. Geheimenraths verlesen, wonach die Ständeversammlung, hauptsächlich um dem Ausschusse Zeit zur Prüfung der Steuerverwendung zu lassen, bis zum 1. Februar 1842 vertagt wird. (Schwäb. M.)

Vom Main, 18. Dez. Mit Recht sind in jüngster Zeit am Oberrhein und am Neckar verschiedene Stimmen laut geworden, welche mahnend daran erinnerten, daß über den Festungsbau am Oberrhein, der während der kaum beendigten letzten Friedenskrisis vom deutschen Volk so dringend verlangt und vom deutschen Nationalsenat zu Frankfurt beschlossen wurde, kein Wort mehr verlaute. Es ist in der That auffallend, wie eine Sache von so vorwiegender Wichtigkeit so bald einer befremdend indifferenten Betreibung verfallen konnte; doch liegt in diesem Umstand nur wieder ein neuer Beweis vor, wie die Lebensgeister der Nation sich jetzt ausschließlich den Fragen und Künsten des Friedens zuwenden und daher ihre kriegerischen Stimmungen weit mehr in einem energischen Ankampf gegen die Anmaßungen der den Aufschwung unseres materiellen Nationalinteresses hemmenden Nachbarstaaten absorbiren, als in Demonstrationen von rein-militärischem Gehalt. Um so mehr freilich soll die staatsweise Vorsicht der Regierungen auf die Fälle bedacht seyn, wo aus dem Gang der Ereignisse sich für die Nation ganz unerwartet ein neuer Konflikt entspinnen kann, und deßhalb stets rechtzeitig die Maßregeln ins Leben führen, welche die Nationalsicherheit aus der Sphäre des Unbestimmten emporheben. Wir wollen uns daher der sichern Hoffnung hingeben, daß die Frage unserer Festungsbauten in Oberdeutschland nicht einschlafen und etwa erst wieder aufwachen werde, wenn der Feind schon an unsere Thore klopft. (Köln. Z.)

Belgien.

(Dorfzeitung.) Die Untersuchung über die belgische Verschwörung ist beendigt. So viel hat man herausgebracht, daß es

damit ganz ernsthaft auf den Umsturz der gegenwärtigen belgischen Regierung abgesehen war, allein die eigentlichen Anstifter stehen für die Hände der Justiz zu hoch. Man soll einen Brief gefunden haben, der einen fremden Fürsten sehr kompromittire und den Großmächten mitgetheilt worden sey. — Ueberhaupt spielt Holland mit seiner angeblichen Theilnahme an den belgischen Unruhen, mit der Aufkündigung des luxemburgischen Beitritts zum Zollverein, und mit seinen Zuckerintriguen keine glänzende Rolle in der neusten Zeit.

△ **Brüssel**, 17. Dez. Die Repräsentantenkammer ist mit den Erörterungen über das Budget beschäftigt, welche rasch voranschreiten. Die Opposition rührt sich; Hr. Verhaegen spielt in ihren Reihen eine Hauptrolle, und die HH. Devaux, Lebeau, und Rogier stehen erst in zweiter Linie. Das Ministerium ist übrigens seiner Majorität gewiß. — Bei einem in diesen Tagen dem Hrn. Orts, Abgeordneten von Brüssel, veranstalteten Festmahl ging es lebhaft her. Frhr. v. Pöderlee erinnerte daran, welche Verdienste sich Egmont, Hoorne, und andere Männer aus den angesehensten Häusern um die belgische Freiheit erworben hätten, worauf Hr. Jottrand zu Ehren des gleichfalls auf dem Blutgerüst gestorbenen Kesselbinders Agnessens einen Trinkspruch ausbrachte. Auch die zahlreich anwesenden Wallonen sprachen sich gegen den „französischen Einfluß", gegen die „Partei der Königin", und die „Fransquillonspresse" aus. — Die Regungen des anti-französischen Elements sind überhaupt beachtungswerth. Jetzt bricht der Sturm gegen die hier Zeitungen redigirenden „Fransquillons" aus, und scheint ernsthaft werden zu wollen. Die Angriffe kommen von allen Seiten. Der Belge z. B. bemerkt, vor einigen Jahren hätten die Schweizer gegen die deutschen Flüchtlinge gelärmt, welche in der Schweiz an der Spitze von Zeitungen gestanden; doch seyen diese Deutschen zwar überspannte, aber ehrliche und redliche Leute gewesen. „Was aber", fährt der Belge fort, „würden die Schweizer gesagt haben, wenn ein Haufe von Betrügern, Gaunern, und Gaudieben über ihre Presse hergefallen wäre?" (Der Belge führt namentliche Beispiele an.) Man sieht, daß diese Opposition sich derb ausspricht; der Belge sollte aber seine Landsleute darauf aufmerksam machen, daß die bezeichneten „Fransquillons" hier weder Propaganda treiben, noch die Leute betrügen könnten, wenn die Belgier nicht ihre alte Gewohnheit beibehielten, die von Franzosen geschriebenen Blätter als Leser und Abonnenten zu unterstützen, und daß an ihnen folglich die Schuld ganz allein liegt.

Frankreich.

Seit der Julirevolution sind in Paris folgende Zeitblätter entstanden und wieder eingegangen: Journal de Paris, Pays, Courrier des Electeurs, Le Pour et le Contre, Figaro, Révolution de 1830, Tribune, Bon Sens, Caricature, Europe littéraire, Moniteur du Commerce, Pair, Constitutionnel de 1830, Conciliateur, Nouvelliste, Réformateur, Mouvement, Français, Opinion, Courrier de l'Europe, Rénovateur, Nouvelle Minerve, Revenant, Avant-Garde, Brid' Oison, Ours, Paris Herald, Paris et Londres, Renommée, Journal général de France, Impartial, Charte de 1830, Journal général des Tribunaux, Loi, Monde, Justice, Phare Industriel, Europe Monarchique, Europe Industrielle, Propagateur, Courrier de Paris, Capitole, Union. (L. A. Z.)

(Dorfzeitung.) Es scheint, daß Paris noch die Hauptstadt des berühmten Fürstenthums Unterflachsenfingen werden kann. Im vorigen Jahre wurden nach schweren Kämpfen alle Bäume und Anlagen um Paris abgehauen, und mit großen Kosten Festungswerke angelegt. Jetzt findet man Das ganz verkehrt, und es zirkuliren Bittschriften, daß die Festungswerke wieder abgetragen werden sollen. Die Bäume aber — !

† **Paris**, 19. Dez. Die hier anwesenden Abgeordneten der verschiedenen Eisenbahn-Gesellschaften werden morgen eine vorbereitende Versammlung halten, um sich über den Gang, welchen sie in den Konferenzen mit der Regierung einzuhalten haben, zu verständigen. Michel Chevalier wird als Sekretär zugegen seyn. — General Tirlet, welcher in der Pairskammer so nachdrücklich gegen die Befestigung von Paris sprach, ist gestorben. — Vorgestern stund wegen Wuchers eine Frau vor dem Zucht-Polizeigericht, die nicht weniger als 2400 Prozent genommen hatte. Während der Verhandlungen trat ein Mann auf, und bewies, daß sie ihm sechzig Centimes gegen Versatz eines Tisches vorgestreckt, und täglich 40 Centimes Zinsen genommen habe. Sie wurde zu vierzehntägiger Einsperrung und 1000 Franken Geldbuße verurtheilt. — Florestan der Erste, Beherrscher des Fürstenthums Monaco, hat in seinen Staaten das Getraidemonopol abgeschafft.

Großbritannien.

(Times.) Oberstleutnant Knowles, Kommandant der Artillerie bei der Expedition in China, überschickte kürzlich nach England eine vollständige Sammlung chinesischer Waffen und Soldatenkleidungen. Alle diese Gegenstände und die ausgestopfte Figur eines chinesischen Soldaten in seiner Tigerfell-Kleidung sind jetzt in der königl. Waffensammlung zu Woolwich zur öffentlichen Beschauung ausgestellt. Ein Theil der chinesischen Waffen erinnert an die Bogen und Pfeile Robin Hoods und seiner lustigen Bande, während die Geschützstücke genau unsern Geschützen aus dem 14. und 15. Jahrhundert, und denjenigen, welche die Engländer von der spanischen Armada erobert, gleichen. Das größte dieser Stücke ist etwa 7 Fuß lang, besteht aus zusammengeschweißten Eisenstücken, und wird in seiner ganzen Länge mit Ringen zusammengehalten, welche je vier Zoll von einander entfernt sind. Ein anderes Stück, mit einem Rohre, glatt wie ein Flintenlauf, etwa 5 Fuß lang, ist auf drei Füße gestellt, wie ein Teleskop, nur hat es außerdem noch einen beweglichen Fuß zur Richtung. Die Ladung wird in eine abgesonderte eiserne Kammer gebracht. Gefeuert wird mit einer Lunte. Die chinesischen Schwerter sehen furchtbar aus, und wären in den Händen guter Soldaten auch eine sehr wirksame Waffe. Sie sind von der Form der Türkensäbel, aber weniger krumm, die Handgriffe etwa 15 Zoll lang, zur zweihändigen Führung eingerichtet. Eine sehr sonderbare chinesische Waffe ist gebildet wie der Dreizack des Neptuns, die mittlere Zacke gerade, die zwei äußeren unbedeutend gekrümmt, aber sehr scharf gespitzt. Diese Waffe wird an das Ende einer langen Stange geheftet. Das chinesische Banner ist in einer Eisenplatte ausgeschnitten, in der Form des Schippenaß, umgeben von flammenartigen Ausläufern. Das Banner ist befestigt auf der Spitze einer Stange, unmittelbar darunter befindet sich ein kreisförmiges Eisenstück von etwa 6 Zoll im Durchmesser, rundum mit Haar von 9 bis 10 Zoll Länge behangen. Auch sieht man zwei Bogen von Bambus und Horn, und den Inhalt eines Köchers, 120 etwa $3\frac{1}{2}$ Fuß lange Pfeile. Die Kugeln der Chinesen sind sehr roh geformt, 1 bis 4 Zoll im Durchmesser. Die Tigerkleidung eines chinesischen Soldaten wurde mit Stroh ausgestopft, und zwar in solchem Umfange, daß sie einer zweiten Ausgabe Sir John Falstaffs gleicht. An dem Kleide, das von oben bis unten dunkelroth gefärbt ist, mit phantastischen schwarzen Streifen, was den Tiger vorstellen soll, hängt eine Kapuze, welche den Kopf und einen Theil des Gesichts bedeckt, mit Löchern für die Augen und mit Thierohren. Unter den Kleidern ist auch das Kleid eines Offiziers von hohem Range, von dunkelm Grunde, dicht besetzt mit metallischen Zierrathen und beblümt mit Seidenstickereien.

Amerika.

Die vormals merikanische Provinz Yukatan hat unterm 23. Oktober ihre Unabhängigkeitserklärung bekannt gemacht. Sie erklärt sich für einen völlig unabhängigen Freistaat, der laut den Bestimmungen der Verfassung vom 31. März 1841 regiert werden soll, will ihren Antheil an allen seit dem 18. Februar 1841 von dem merikanischen Staat kontrahirten Anleihen bezahlen, und gestattet jedem unbescholtenen Mann, ohne Rücksicht auf Abstammung oder Konfession, sich innerhalb ihrer Gränzen anzusiedeln. — Yukatan, das auf einem Flächenraum von etwa 2200 Geviertmeilen eine halbe Million Einwohner zählt, ist eine schöne, für Handel und Schifffahrt sehr günstig gelegene Halbinsel, mit einem zwar heißen, aber gesunden und trockenen Klima, und sehr ergiebig an Honig und Wachs, an Baumwolle und Cochenille, besonders aber an Campecheholz. Die Hauptstadt ist Merida mit etwa 30,000 Einwohnern.

Großh. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, den 23. Dezember: Die Gunst des Augenblicks, Original-Lustspiel in 3 Aufzügen, von Eduard Devrient. Hierauf: Der gerade Weg der beste, Lustspiel in 1 Akt, von Kotzebue.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friedrich Giehne.

Drucker und Verleger: A. Knittel.